

## **Bericht Veranstaltung „60 Jahre Römische Verträge“ Ja zu Europa – Mut zur Veränderung**

Zu später Stunde lud die Bundestagsfraktion von BÜ 90/ Grüne am 8. März 2017 in einem gut besuchten Europasaal des Paul-Löbe-Hauses zum bevorstehenden 60-jährigen Jubiläum der Römischen Verträge ein, um mit einem Panel an Politikern und Wissenschaftlern den gegenwärtigen Zustand der Europäischen Union zu diskutieren und einen Zukunftsausblick zu wagen.

Zu Beginn wies Annalena Bröck, MdB und Sprecherin für Klimapolitik, in der Begrüßung auf die Dringlichkeit des Themas EU hin und bezeichnete die EU als „wertvollstes Gut“, welches trotz der Zäsur durch Brexit über Jahrzehnte dem europäischen Kontinent Frieden gebracht habe. Die Keynote übernahm Prof. Dr. Claus Leggewie, Leiter des Kulturwissenschaftlichen Instituts der Universität Essen. In seiner emotionalen Rede bezeichnete er die EU als „innerlich zerrüttet und äußerlich bedroht“. Gefahren etwa durch eine neue Art des Kalten Krieges durch Putin, Trump aber auch Erdogan stellten die EU auf die Probe und ihren Werteexport vor enorme Schwierigkeiten. Diesem müsse mit einer effektiven und inklusiven politischen Teilhabe entgegengewirkt werden. Es bedürfe eines reflexiven Eurozentrismus, der sich durch die innerlichen Probleme neu definieren und zukunftsweisender aufgestellt werden müsse. Die EU sei immer an globaler Kooperation interessiert, dürfe aber seine universellen Werte im Prozess der institutionellen Neujustierung nicht aus den Augen verlieren. Daher bedürfe es einer europäischen Gesellschaft, aus dessen diskursiver Kraft neue Ideen für eine institutionelle, kulturelle und politische Veränderung entstehen und umgesetzt werden müssen. Eine zentrale Figur für die europäische Zukunft sei, so Leggewie, Emmanuel Macron, Spitzenkandidat bei den bevorstehenden französischen Präsidentschaftswahlen.

Er verbinde das Charisma, die notwendige politische Veränderungskraft und den Mut zur Veränderung. Wendepunkte für die europäische Zukunft seien die bevorstehenden Wahlen in Italien, den Niederlanden und Frankreich.

Im Panel diskutierte unter anderem Judy Dempsey, Leiterin des Carnegie Europe.

Sie befürchtet, dass ein Wahlsieg Marine Le Pens das Ende für die EU bedeuten könne.

Basil Kerski, Leiter des Solidarność-Zentrums in Danzig, prangert die fehlende Anerkennung zivilgesellschaftlichen Potentials an und sieht die Zukunft der EU abhängig von gesellschaftlichen Bewegungen, die diesen Wechsel tragen. Bas Eickhout, MdEP referierte über die Lage in den Niederlanden und wies darauf hin, dass ein Wahlsieg Geert Wilders unwahrscheinlich sei und dass mit einem pro-europäischen Kurs Wahlsiege (vermutlich) möglich sind. Er kritisiert die Art der gegenwärtigen Debatte, weil viel weniger über Sozial-, Kultur- und Klimapolitik geredet würde, sondern viel mehr über wirtschaftliche Aspekte, welche die gesellschaftliche Wahrnehmung der EU negativ beeinflusse. Die angestoßene Debatte von Juncker sei wichtig, aber in der Form falsch. Abschließend referierte die lettische Parlamentsabgeordnete Lolita Cigane über die historische Erfahrung des Baltikums und die gegenwärtige Rolle Lettlands im Konstrukt der EU.

Die sehr lebhaft und kontroverse Diskussion fand ihren Abschluss mit einem Plädoyer für mehr Teilhabe, mehr politischer Dringlichkeit und einer Rückbesinnung auf Werte der EU wie Menschenrechte, Demokratie und Solidarität, ohne die eine erfolgreiche Zukunft nicht möglich seien.

Andreas Schulz